

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur:
Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Litkebyl

Seitungspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 18000.— M., durch die Post bezogen monatlich 19000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 6000.— M., Einzelnummer 1000.— M., Sonntagsnummer 1500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Komparatzeile 2500.— M., auswärts 3000.— M., die halbspaltige Komparatzeile 12000.— M., auswärts 14500.— M., auswärts 10000 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienangehörige, Studenten u. Kriegesleute 40 Proz. Rabatt. Für Kleinwerbung 1000 M.

Nr. 169

Dresden, Montag den 23. Juli 1923

34. Jahrg.

Frankreichs Spiel — Deutschlands Glend

Das englische Reparationsdokument, das am Sonntag mittig in Paris eingetroffen ist und über das man an amtlicher Stelle peinlichste Zurückhaltung übt, wird zunächst Gegenstand der Erörterung zwischen der belgischen und französischen Regierung sein. In diesem Zwecke werden sich die Herren Deunis und Vanhar von Brüssel nach Paris begeben. Eine schnelle Entscheidung ist also in Paris und Brüssel nicht zu erwarten, und man verlegt die Antwort an England gegen das Ende der Woche. Im allgemeinen wird durch alle Äußerungen und Meldungen bestätigt, daß Herr Poincaré sein Interesse an einer Beschleunigung des Meinungsaustrausches zwischen den einzelnen Regierungen habe.

Am gestrigen Sonntag hat Herr Poincaré wieder eine Rede gehalten, wie er das jeden Sonntag bei Einweihung eines Friederikensmals tut. Er hat dabei den früheren englischen Premierminister Lloyd George heftig angegriffen, der gesagt hat, die verwüsteten Gebiete Frankreichs seien bereits wieder genügend aufgebaut, hingegen sei Deutschland im Glend. Das benutzte Poincaré, um zu erklären:

„Wenn man jetzt die Unfähigkeit, in einen festen und unabhängigen Rahmen die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches einzuschließen, dann würde es sich ratsam die Maßnahmen der Alliierten entscheiden und daß unter dem Einfluß der außerordentlichen Entwicklung der industriellen Kräfte sich ungenügend emporarbeiten.“

Die französischen Gewalthaber wollen nach dieser Erklärung also keine Festlegung und Befestigung einer bestimmten Reparationssumme, die Deutschland zahlen soll, sondern sie wollen Deutschland dauernd schröpfen, und zwar entsprechend der jeweiligen deutschen Zahlungsmöglichkeit und der Stärke der französischen Devisenmittel. Das Ziel soll sein, daß sich Deutschland niemals wieder wirtschaftlich emporarbeiten kann. Die französischen Machthaber wollen ihre Vormachtstellung in Europa durch dauernde Drosselung Deutschlands für alle Zeiten sichern. Herr Poincaré hat hier die Taktik ganz offen enthüllt, die er bei Einbringung der Verhandlungen über den englischen Antwortentwurf befolgen wird. Ob er und wie weit er England in dieses Schlepptau nehmen kann, steht noch dahin.

Inzwischen hoffen und spekulieren die Pariser Machthaber darauf, daß in der Zeit der Verschleppung der Verhandlungen der deutsche Widerstand im Ruhrgebiet zusammenbrechen möge oder aufgehoben werde. In Paris wird man über die Lage im Ruhrgebiet sofort informiert sein, um zu wissen, daß diese Meinung des Herrn Poincaré ein Wechsel ist, von dem man absolut nicht weiß, ob er eingelöst wird. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet hängt von psychologischen Momenten ab, die bei zunehmendem Druck durch die Besatzungstruppen im Ruhrgebiet nur wirksamer werden können, wenn auch Tausende die französischen Regimenter benutzen und hier und da, wo der Kohlenmangel brennend geworden ist, die Kohlensteuer und der Aus- und Einfuhrzoll an die Franzosen gezahlt würde. Das werden die Franzosen nach der monatelangen Erfahrung im Ruhrgebiet selbst wissen. Vielleicht reicht diese aus, daß sie sich der Barmut nicht verschließen, und zu der Überzeugung kommen, daß der mögliche Vergleich in diesem Falle besser ist als der letzte Prozeß, der die beiden Kontrahenten nur ruinieren kann.

Der deutschen Regierung Cuno ist durch die jetzige Situation nochmals eine Möglichkeit geboten, aus ihrer Passivität herauszutreten, zu der sie im allgemeinen die französisch-englischen Zwischenrunde veranlaßt. Doch sie sich zu fieberhaften Schritten entschließen werde, ist nicht zu erwarten. Ihr ist die Lötische noch nicht eindrucksvoll genug, daß die französisch-englischen Auseinandersetzungen zu Lasten der deutschen Wirtschaft gehen, und zwar in einem Maße, das nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und die ganze Welt katastrophal zu werden beginnt. Deutschland kann infolge seiner wirtschaftlichen und politischen Lage nicht die Politik des Mannes machen, der warten kann. Angesichts dessen aber, was man über das englische Reparationsdokument erfährt, ist Deutschland wieder einmal zum Warten verdammt. Frankreich kann die Geldmilliarden für seinen Wiederaufbau, seine Prioritäten für die verwüsteten Gebiete, wie die französischen Blätter argumentieren, nur erhalten, wenn England auf seine Forderungen an Deutschland im weitesten Maße verzichtet und mit dem Bleistift durch jene Schulden fährt, die seine Kriegsverbindungen, in erster Linie Frankreich, bei ihm aufgenommen haben. Da liegt der augenblicklich schwerste Streitpunkt zwischen Frankreich und England, verstärkt durch die Mentalität der Vereinigten Staaten, die vorläufig jede Erörterung des Problems der interalliierten Schulden ablehnen. Das ist der Punkt, der augenblicklich zwischen London und Paris hin- und herfliegt. England scheint bereit zu sein, den Wünschen der Alliierten nachzukommen, aber nicht gegen die faulen Forderungen der Serie C des Londoner Zahlungsplanes, die Frankreich seit den Wintertagen 1921 in London für die guten Dollars und Pfunde der internationalen Anleihe, die Deutschland zunächst erstmalig aufnehmen soll, andietet. England verlangt mehr von Frankreich. Gerade die englische Politik verlangt das Schuldverhältnis Frankreichs zu England, um höchst konkrete Ziele durchzusetzen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß das englische Reparationsdokument gerade

in dieser Frage keine Konzessionen macht. Es vertritt Frankreich auf eine kommende Konferenz. Dieser Trost ist aber für Frankreich die Taube auf dem Dach. Es kann sich nicht damit zufrieden geben. Das Spiel wird weiter gehen, und der Ball wird noch oft zwischen London und Paris hin- und herliegen. Diplomatisch sagt man, daß man den Eindruck hat, die beiden Regierungen seien bestrebt, die Verhandlungstür offenzuhalten. Freigt sich, wann sich die Herren Poincaré und Baldwin ernstlich an den Verhandlungstisch setzen wollen und können. Die Notwendigkeit hierfür wird immer dringender, wenn anders Europa nicht ein hoffnungsloser Krümmerschaufen werden soll.

Die Not und das Glend in Deutschland sind furchtlich und werden von Tag zu Tag furchtlicher. Die Zeichen dafür sind aufreißend genug. Können da Vorfälle, wie die in Breslau, die lebhaft an die Ereignisse im Ruhrgebiet vor einigen Wochen erinnern, überraschen? Gehe, vor allem an die militärische, die nur beweist, wie die Not und das Glend den Blick der Massen in Deutschland getrübt haben, wirken mit. Weiter natürlich die unverständliche Haltung des schließlichen Unternehmers gegenüber der Arbeiterkraft, die um ihren ehrlichen Lohn kämpft. Wenn z. B. die Linde-Boimann-Werke gerade wie das Ruhrunternehmertum vor der Explosion in Welsenkirchen tat, den Arbeitern die gezahlten Vorkasse mit einemmal einbehalten, ist das im gegenwärtigen Moment so ungeheuerlich wie möglich. Die Grundursache aber ist das wirtschaftliche Glend, das mit jedem Tage ärger grassiert, während in der deutschen Innenpolitik ein Skandal den anderen abließt. An den Devisenbörsen tun sich Konzerngeizhauer hervor, die mit Krediten, die man ihnen auf ihr mehr oder minder ehrliches Gesicht gewährt, das Angebot für fremde Devisen künstlich aufkaufen und die Preise in die Höhe treiben. Die Reichsbank selbst verfolgt eine Devisenpolitik, die mit allem Recht zu knappen Zuteilungen greift, aber dabei übersehen, daß sich ein solcher Zustand eben nicht lange aufrechterhalten lassen kann. Das Reichswirtschaftsministerium durchdringt währenddessen einen der ersten Grundzüge der Spekulationsverordnung und ge-

hattet unter gewissen Voraussetzungen die Zahlung in ausländischer Währung auch für den Inlandverkehr, was eventuell für die Funktion der deutschen Reichsmark als Zahlungsmittel die liebsten Folgen haben kann. Das aber fällt fürs erste angesichts des Durcheinanders, angesichts der Hilflosigkeit, die sich gerade in dem „gegenseitigen Defektieren“ offenbart, zum ins Gewicht. Hier herrscht tatsächlich fleischgewordene Skopflochigkeit, die ausgerechnet einem Kabinett passieren muß, dem Herr Dr. Cuno aus Hamburg vorsteht, dem gewisse Kreise des deutschen Bürgertums, als er kam und die deutsche Mark ein wenig aufrückte, als den Mann der Tat und der endlichen Hilfe feierten. Heute kann man sagen: Es hat kein Kabinett so unglücklich regiert, sowohl außen- wie innenpolitisch, wie das Kabinett Dr. Cuno. Die Verantwortung für die Verendigung des Ruhrkonfliktes müßte der Regierung Cuno voll aufgebürdet werden. Ob freilich die Verhältnisse bis zu diesem Zeitpunkt noch tragbar und für das schaffende Volk noch ertragbar bleiben, ist zweifelhaft.

Die Verschleppung der Verhandlungen

Paris, 22. Juli. Wie das Journal des Débats erklärt, wird sich am Montag eine Kabinettsitzung mit der englischen Note beschäftigen. Dem Vernehmen nach enthalten die Dokumente nicht, was dem Verfall der Verhandlung zugrunde liegt. Die englische Note sei darauf abgesehen, daß Verhandlungen möglich seien. Belgien werde sich natürlich mit Frankreich verständigen, bevor es zu der Note Stellung nimmt. Man nehme an, daß diese Verhandlungen zwischen Belgien und Frankreich erst in einer Woche beginnen können.

Kein Schritt für Aufgabe des Widerstandes

Paris, 22. Juli. (W. T. B.) Einige Morgenblätter berichten in sensationeller Aufmachung, der deutsche Geschäftsträger, Vizekonsul v. Goesch, habe gestern im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten einen Schritt bei der Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet gemacht. Der Pariser Vertreter von W. T. B. erfährt von zuverlässiger Stelle, daß Vizekonsul v. Goesch tatsächlich gestern nachmittags im Quai d'Orsay vorgeprochen habe. Er habe jedoch Vorstellungen erhoben gegen die Befestigung deutscher Persönlichkeiten in den besetzten Gebieten, die in den letzten Tagen durch französische Besatzungsbehörden als Repressalie gegen die Verschleppung einiger französischer Staatsangehöriger in Deutschland vorgenommen wurde.

Ehrhardt-Prozeß ohne Ehrhardt

Leipzig, 22. Juli (Eig. Draht.)

Es freit nunmehr fest, daß der Ehrhardt-Prozeß, der am Montag vor dem Staatsgerichtshof beginnt, ein Kumpfsprozeß werden wird, da der Hauptangeklagte fehlt. Dadurch ist das Interesse an dem Prozeß selbst sehr stark gesunken, denn die beiden Angeklagten, die Prinzessin Dohlenlohe und der ehemalige Leutnant Viedig, sind nur zwei kleine Schädler, die Ehrhardt Nebenbuhler erwiesen und sich deshalb wegen Meinid und Verschleppung zu verantworten haben. Die Prinzessin hatte nämlich im November letzten Jahres dem Untersuchungsrichter in München erklärt, daß sie Ehrhardt „nur oberflächlich“ kenne, daß sie einmal mit ihm in Gesellschaft zusammengetroffen sei, weil er sich für sie um eine kaufmännische Stellung bemühen wollte, daß sie aber sonst keine Verbindung mit ihm habe. Nach zwei Tagen bedenklich beantwortet sie auch diese Aussage. Dabei wohnt zur selben Zeit Ehrhardt in ihrem Hause in München-Pasing. Allerdings nicht als Ehrhardt, sondern als „Herr v. Schwabe“, der damals selbst am Untersuchungsrichter über Ehrhardts Beteiligung am Kupp-Bußch vernehmelt worden war. Dabei stellte der Untersuchungsrichter seine Identität mit Ehrhardt fest, verhaftete ihn befänglich auf der Stelle und ließ ihn nach Leipzig überführen. Zwei Stunden nach ihrem Eid, daß sie keine weitere Aussagen vor dem Münchner Untersuchungsrichter Ehrhardt erlassen hätten, stellte sich die Prinzessin Dohlenlohe freiwillig dem Untersuchungsrichter ein und gab jetzt an, daß sie Ehrhardt genau kenne und ihn auch beherbergt habe. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß Ehrhardt sie selbst zum Meinid verleitet hat, indem er ihr einzurehen verstand, daß Ehrhardt nicht mehr existiere, sondern nur noch Herr v. Schwabe. Ehrhardt stand auch nicht an, ihn einzureden, daß sie den Eid, sie kenne Kapitänleutnant Ehrhardt nicht mehr, mit gutem Gewissen leisten könne. Die Prinzessin ist also zweifellos das Opfer Ehrhardts, dieses Kavalliers vom Scheitel bis zur Sohle, der in seiner Selbstsucht auch über diese Frau, die ganz in seinem Sinne stand, erbarmungslos hinwegging, wie er sie auch jetzt vor dem Staatsgerichtshof allein läßt. So steht der Klärende Geld aus. Sein Charakterbild wenigstens wird sich vor dem Staatsgerichtshof auch in seiner Abwesenheit enthüllen. Auch den zweiten Angeklagten, den Leutnant a. D. Viedig, hat Ehrhardt auf dem Gewissen. Auch ihm redete er ein, daß Ehrhardt nicht mehr existiere, sondern nur noch Herr v. Schwabe. Viedigs Schuld ist nur deshalb geringer, weil ihm der Untersuchungsrichter nicht verdächtigte. So hat er sich nur wegen Beihilfe zu verantworten.

Der germanische Held

Die Republikanische Presse schreibt: Von einer den Rechtsparteiern nahestehenden, über die Dinge um Ehrhardt genau unterrichteten Persönlichkeit erhalten wir eine Darstellung des Charakters des fähigen und viel besonnenen Kavalliers Ehrhardt und seiner Selbsterhaltung, die ungläublich klänge, wenn ihre Wahrheit nicht völlig verklärt wäre. In den besten Teilen der rechtsorientierten Kreise der Gesellschaft wächte ein Gefühl des Mitleids über die eben beklagte Tatsache, daß Ehrhardt zwei Jahre lang der Zeitwacht der in Leipzig angeklagten Prinzessin von Dohlenlohe gewesen ist. Die Prinzessin greift derzeit unter dem Pseudonym

„schneidigen“ Mannes, daß sie ihm willig ihren gut aufopferlich; dies ging so weit, daß sie sich auch zum Werkzeug der politischen und kriminellen Strategie des Abenteurers und seiner seinen Genossen hergab. Sie leistete ihm einen Meind, brachte Jahre hindurch Opfer über Opfer, um nun — vor dem Prozeß — genau so verlassen dazustehen wie Ehrhardts Frau und Kinder; denn auch die Schwestern Ehrhardts haben in wenig germanischer Geldemanier entweder das Weite oder eine „den Transport verhörende Krankeil“ gesucht. . . .

Hilfswort ein traurige Bild!

Man muß bei der Gesellschaftsmoral dieser Kreise annehmen, daß das der bloßgestellten Prinzessin zunächst fehlende männliche Mitglied des Hauses Dohlenlohe von dem Offizier Ehrhardt nunmehr Satisfaktion verlangen wird. Ob der tapfere deutsche Mann sich wenigstens zu diesem Termin stellen wird?

Leipzig, 21. Juli. Zur Verhandlung sind 12 Personen geladen, darunter Reichsgerichtsrat Dr. Reber, der feinerzeit die Oberstaatsanwalt Ehrhardts in München vorgenommen hatte, und Oberpräsident Koste. Die Verhandlung leitet Senatspräsident Dr. Schmidt. Weitere sind Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich, Referent im preussischen Handelsministerium, Hartmann, Prof. Dr. Gös, Leipzig, Reichsminister a. D. Wiffel, Hermann Müller, Weidmann, und Archivar Dr. Kanne, Leipzig. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Neumann vertreten.

Das Urheile ist, daß der Senatspräsident Schmidt immer noch funktioniert und auch hier wieder die Verhandlungen führt. Sein Rücktritt ist eine dringende Forderung im Interesse der Republik.

Der Prozeß wird in dem Maße durchgeführt, wie es vor der Hand Ehrhardts geplant war. Die Leipziger Polizei hat Demonstrationen auf dem Platz vor dem Reichsgericht bis auf weiteres verboten.

Die Schuldfrage

Zu den Darlegungen, die die schließliche Regierung über die Untersuchung der Klage Ehrhardts gegeben hat, tritt das Reichswirtschaftsministerium mit, daß es den Präsidenten des Staatsgerichtshofes um eine Mitteilung über die tatsächlichen Vorgänge in Leipzig ersucht hat. Das Ergebnis soll der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Darauf die Öffentlichkeit, die immer wieder sehen muß, wie Beamte, die von der Republik bezahlt werden, gegen die Republik arbeiten, wohl ein selbstverständliches Recht hat. Amlich heißt es weiter:

Nach Entscheidungen, die der Präsident des Staatsgerichtshofes im Rahmen der ihm zutreffenden gesetzlichen Befugnisse über den Umfang der dem Untersuchungsrichter Ehrhardt in der daß aufverlegenden Befragungen getroffen hätte, die schließliche Befugnisse der Untersuchung nicht der Verpflichtung entziehen konnten, den ihrem Gewissen anvertrauten Befragten den bestehenden Vorschriften gemäß zu vernehmen. Wäre dies geschehen und nicht dem Befragten vor seiner Klage verberbtwichtig Beweismittel im Gespräch ohne Rücksicht gelassen worden, so wäre die Klage nicht möglich gewesen.“